

Die Reform vorziehen oder nicht – das ist die Frage

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 18.10.2003

Der Bundestag hat beschlossen: Die dritte Stufe der Steuerreform soll von 2005 auf 2004 vorgezogen werden. Man will so die Konjunktur stimulieren. Die Unternehmen sollen mehr investieren, die Menschen mehr konsumieren. Das Vorziehen führt zu Steuerausfällen von 15 Milliarden Euro. Die Bundesregierung will diesen Ausfall vor allem über neue Kredite finanzieren. Die Opposition ist mehrheitlich auch für das Vorziehen, verlangt aber, daß das Vorziehen nicht zu einer wesentlich höheren Verschuldung führt, fordert also eine Kürzung der Staatsausgaben und den Abbau von Steuerprivilegien.

Das Vorhaben der Bundesregierung, die Verschuldung noch höher zu treiben, ist verantwortungslos. Das Vorgehen der Opposition, eine Gegenfinanzierung zu fordern, aber sinnvolle Vorschläge der Bundesregierung zum Abbau von Steuerprivilegien im Bundesrat zu torpedieren, ist es ebenfalls.

Das Vorziehen der Steuerreform kann, egal wie es finanziert wird, die Konjunktur nicht beleben: Wenn es mit Krediten finanziert wird, rechnen die Menschen und Unternehmen schon heute damit, daß sie künftig höhere Steuern für die Kreditzinsen und die Kredittilgung zahlen müssen. Dies dämpft den Konjunkturimpuls. Hinzu kommt heute die berechnete Ahnung, daß die individuelle Belastung für Gesundheit und Altersvorsorge auch 2004 weiter steigen wird. Wer hier zusätzliche Kosten erwartet, läßt sich durch eine Steuerentlastung nicht zu höheren Ausgaben verleiten.

Aber auch das Ansinnen der Opposition führt zu keinem konjunkturellen Impuls. Denn wenn man das Vorziehen der Steuerreform über eine Kürzung der Staatsausgaben finanziert, geht die Nachfrage des Staates nach Gütern entsprechend zurück. Und wenn man das Vorziehen durch den Abbau von Steuervergünstigungen kompensiert, bleibt die Steuerbelastung der Bürger und Unternehmen insgesamt unverändert, so daß sie nicht mehr Geld ausgeben können.

Das Vorziehen der Steuerreform bringt aber nicht nur nichts für die Konjunktur. Walter Eucken, der große Freiburger Ökonom, wies völlig zu Recht darauf hin, daß eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nur möglich ist, wenn die Wirtschaftspolitik verläßlich ist. Nur dann können Bürger und Unternehmen in die Zukunft planen und Investitionen etwa in einen neuen Pkw bzw. eine neue Fabrik wagen. Das heißt auch: kein Hin und Her in der Steuerpolitik. Einzig sinnvoll wäre es daher gewesen, das Vorziehen der Steuerreform gar nicht erst ins Auge zu fassen.

Da nun aber das Vorziehen bereits glaubhaft angekündigt und von Bürgern und Unternehmen in ihre Erwartungen einbezogen wurde, erfordert ein Minimum an Verläßlichkeit der Wirtschaftspolitik, das Ruder nicht schon wieder um 180 Grad herumzureißen, sondern die Ankündigung auch umzusetzen. Die Politik befindet sich also in einem Dilemma: Obwohl es konjunkturell nichts bringt, sollte sie die Steuerreform vorziehen, um noch Schlimmeres zu verhindern.

Nur: Wie soll das finanziert werden? Eine weitere Erhöhung der Verschuldung ist indiskutabel. Schon jetzt sind viele Kommunen und Länder überschuldet. Und selbst ohne

das Vorziehen der Steuerreform wird es 2004 zu einer Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kommen, der eine Neuverschuldung von mehr als 3 % des Bruttosozialprodukts untersagt. Wenn die Verschuldung jetzt sogar bewußt noch höhergetrieben wird, gefährdet Deutschland die Existenz dieses Paktes, der wesentliche Voraussetzung für die Stabilität des Euro ist.

Deshalb muß das Vorziehen vollständig durch den Abbau von Staatsausgaben, insbesondere Subventionen, und Steuerprivilegien finanziert werden. Dies kann zwar nicht kurzfristig einen konjunkturellen Impuls, wohl aber mittelfristig eine größere wirtschaftliche Dynamik auslösen, weil mehr Raum für unternehmerisches Handeln entsteht.

Eine solche Reform ist angesichts einer Staatsquote von fast 50 % überfällig. Allein die Staatsausgaben zu kürzen reicht aber nicht aus. Auch an die vielen Steuerprivilegien muß die Axt gelegt werden. Denn nicht nur das Ausmaß der Staatstätigkeit, sondern auch ihre innere Struktur ist von wesentlicher Bedeutung. Es ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, wenn der Staat mit seiner Steuerpolitik einzelne Gruppen privilegiert und dafür die Masse der Steuerzahler zur Kasse bittet.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik